

Entwicklungsdimensionen der Europäischen Union

Aus französischen und britischen Fachzeitschriften, 2. Halbjahr 2001

Alrun Deutschmann / Peter Schmidt

Für die Mitgliedstaaten der EU ist die Frage, in welche Richtung sich die EU-Politik Deutschlands, des größten Mitgliedslandes, bewegt, ein Gegenstand, der nicht nur Forschung, sondern auch politische Akteure beschäftigt. Außerdem ist die Problematik des neuen Politikfeldes »Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik« ein vorherrschendes Thema der wissenschaftlichen Debatte.

Adrian Hyde-Price, University of Leicester, und **Charlie Jeffery**, University of Birmingham, untersuchen im *Journal of Common Market Studies* die Rolle Deutschlands in der EU und fragen, ob Deutschland nach der Wiedervereinigung seine europapolitischen Ziele neu definiert hat. Dabei kommen sie zu dem Ergebnis, daß nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und nachdem die deutsche Einheit vollzogen ist, europapolitische Ziele mit größerer Selbstverständlichkeit artikuliert würden und nicht mehr so dezidiert integrationsfreundlich ausfielen wie noch in den 80er Jahren. Dargestellt wird dieser Wandel anhand von Fallstudien: den deutsch-französischen Beziehungen, dem Wandel deutscher Sicherheitspolitik in den 90er Jahren, der Entwicklung der ESVP und der Rolle der Bundesländer bei der Formulierung deutscher EU-Politik. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß erstens die traditionelle Entente zwischen Paris und Bonn/Berlin nicht mehr existiert

und eine Neu-Definition angesichts der bevorstehenden EU-Osterweiterung schwierig ist; daß zweitens der Wandel des europäischen sicherheitspolitischen Umfelds Konsequenzen für die deutsche Sicherheitspolitik hatte, indem eine neue Rolle für die Bundeswehr innerhalb der transatlantischen Strukturen gefunden werden mußte; und daß drittens aufgrund der kumulativen Wirkung von Vereinigung und EU-Erweiterung die Bundesländer ihr Verhältnis zur EU überdenken mußten. Die Autoren meinen, daß die deutsche politische Elite derzeit damit beschäftigt ist, Normalität zu definieren bzw. zu »konstruieren«, ein Prozeß, der das Überdenken von Normen und Werten deutscher Europapolitik impliziert.

Insgesamt fällt die Bewertung jedoch positiv aus. Für die Autoren ist diese Entwicklung Ausdruck einer gefestigten liberalen Demokratie, die in eine Gemeinschaft ebenso verfaßter Staaten eingebettet ist

und vertiefter Integration und internationaler Sicherheit verpflichtet bleibt.

Quo vadis, Europäische Verteidigung?

Jolyon Howorth, Universität Bath (Großbritannien), konzentriert sich, ebenfalls im *Journal of Common Market Studies*, auf die Frage, welche Konsequenzen die neue Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf die politisch-institutionelle Struktur sowie auf die Politik der EU haben wird bzw. haben sollte. Ausgangspunkt ist für ihn ein Mißverhältnis zwischen den hohen Erwartungen an die Politik der EU und ihren tatsächlichen Fähigkeiten. Prämisse seiner politischen Empfehlungen ist, daß die Union den hohen Erwartungen gerecht werden sollte. Letztlich werde der Erwartungsdruck ihre Handlungsfähigkeit vergrößern.

Zwischen 1999 und 2001 ist eine Vielfalt von Initiativen und Institutionen entstanden, deren Umsetzung bzw. Koordination die EU vor eine besondere Aufgabe stellt. Um die Frage zu beantworten, wie sich das Potential der EU auf dem Gebiet der ESVP weiterentwickelt, untersucht Howorth zunächst drei für ihn entscheidende Probleme der institutionellen Struktur der ESVP und läßt die diskutierten Entwicklungsoptionen Revue passieren: a) die Beziehung der vier unterschiedlichen Foren der EU, die es zu rationalisieren gilt, Allgemeiner Rat, Politisches Komitee, das Politische und Sicherheitspolitische Komitee und der Ausschuß der Ständigen Vertreter (ASTV); b) die genaue Rolle und Funktion des Hohen Repräsentanten; und c) den Beteiligungsmodus für Kommission und EU-Parlament.

Im ersten Fall sieht er insbesondere in der Koexistenz von ASTV und dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee, die beide die Sitzungen des Allgemeinen Rates vorzubereiten haben, eine »institutionelle Zeitbombe«. Sie steht für das generelle Spannungsverhältnis zwischen dem intergouvernementalen und dem Integra-

tionsansatz der EU-Entwicklung. Bisher sei es dem ASTV gelungen, die Oberhand zu behalten, doch spreche die Logik der Entwicklung dafür, daß das Politische und Sicherheitspolitische Komitee in »high politics-Fragen« dominieren wird. Das zweite Problem sieht Howorth in der Frage, welche politische Rolle der Hohe Repräsentant haben wird und wie er organisatorisch verankert werden sollte – weiterhin im Rat oder in der Kommission? Oder auch in einer doppelten Rolle als EU-Außenkommissar und Hoher Repräsentant des Rates? Howorth meint, der Posten des Hohen Repräsentanten sollte entweder abgeschafft werden oder eine stärkere Bedeutung erhalten als heute. Für ihn bedeutet das, daß der Hohe Repräsentant viel engere Bindungen an die EU-Kommission entwickeln müßte. Damit würde er faktisch zum Außenminister der Union.

Das dritte institutionelle Problem sieht er eng mit den beiden ersten Fragen verknüpft: Wie sind Europäisches Parlament und Kommission an der ESVP zu beteiligen? In dem Maße, wie eine gemeinsame europäische politische Kultur entsteht, ist nach Howorth davon auszugehen, daß politische Kontrolle gegenüber sämtlichen militärischen Entwicklungen angestrebt wird. Was die Kommission betrifft, geht der Verfasser vom Bestehen einer Anomalie aus. Einerseits gibt es einen EU-Kommissar für Außenbeziehungen mit einem Budget und beträchtlichen Kompetenzen. Andererseits fungiert ein Hoher Repräsentant mit einem großen Stab, aber ohne operativen Haushalt. Die Lösung liegt für Howorth, wie in den ersten beiden Fällen, in einer effizienteren Entscheidungsstruktur, die nicht nur aufgrund der Örtlichkeit, sondern ihrem Charakter nach eine Brüsseler Institution ist. Dies erfordere nicht zwangsläufig eine supranationale Lösung, auf jeden Fall aber eine zentralisierte, transnationale oder transgouvernementale Entscheidungsstruktur.

Was die politische Umsetzung betrifft, besteht für Howorth eine entscheidende Aufgabe für die Regierungen bzw. die EU darin, das ESVP-Projekt demokratisch zu

legitimieren. Ein negatives Beispiel sieht er in dem Umstand, daß die Außenminister den Prozeß zu dominieren und die Einrichtung eines Rates der Verteidigungsminister zu verhindern suchen. Dieser Rat sei jedoch erforderlich, um sinnvolle Streitkräfteziele für die der Union zur Verfügung gestellten Militärpotentiale zu entwickeln. Ein weiterer wichtiger Faktor sei, daß die traditionell zivile Entscheidungskultur der EU sich mit der Militärkultur auseinandersetzen müsse. Und schließlich attestiert er, daß die Europäer zu wenig für Verteidigung ausgeben, um der Zielvorstellung von »Autonomie« gerecht zu werden. Mehr Geld sei unter anderem dafür nötig, um alle Mittel zu duplizieren, die die Vereinigten Staaten den Europäern nicht mit Sicherheit bereitstellen können, weil sie sie gegebenenfalls für eigene Operationen brauchen.

Einen längeren Abschnitt widmet er dem politischen Diskurs über Sicherheitspolitik, in dem er eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des ESVP-Vorhabens sieht. Es müßten keine identischen Ergebnisse erreicht werden, jedoch ausreichende Unterstützung für die akzeptierten Ziele von ESVP. Vor allem die Struktur der französischen sicherheitspolitischen »Community« mit ihrem »koordinierten Diskurs« sieht er als beispielhaft an.

Ein Bericht über eine **Arbeitsgruppe des Séminaire interarmé des grandes écoles militaires**, das im April 2001 stattfand, faßt in *Défense nationale* die großen Linien französischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammen. Zu den Teilnehmern gehörten: Jean-Claude Mallet, Secrétaire général de la Défense nationale; Bruno Racine, Président du conseil d'administration de la Fondation pour la recherche stratégique, Jean-François Bureau, Directeur, délégué à l'information et à la communication de la défense; François Heisbourg, Président du Centre de politique de sécurité (Genf) und Direktor der Fondation pour la recherche stratégique; Jean-Pierre Kelche, Chef d'état major des armées; sowie Nicole Gnesotto, Direktorin des institut d'études de sécurité de l'Union européenne.

Der Bericht zeichnet ein langfristiges und sehr positives Bild der französischen Armee. Es werden vier Funktionen der Streitkräfte unterschieden: Prävention, Projektion, Protektion und Abschreckung. Interessanterweise wird zugestanden, daß der Konsens bezüglich der nuklearen Bewaffnung in Frankreich nicht mehr in gleichem Maße wie früher vorhanden ist. Der Bericht verdeutlicht auch, daß der Prozeß der Professionalisierung der französischen Streitkräfte kein schneller Prozeß sein kann, sondern erst 2015 zu Ende gehen wird. Zu diesem Zeitpunkt hofft man, daß auch die großen, neuen Waffensysteme zugeführt sind, die Teil des neuen Armeekonzepts sind: darunter die Satelliten Hélios II, Horus und Syracuse III, der neue Leclerc-Panzer, der Tiger-Hubschrauber, das Multifunktionsflugzeug Rafale, der Hubschrauber NH 90, die Luftabwehrfregatten Horizon, nukleare U-Boote der neuen Generation, intelligente Munition und Marschflugkörper (Apache). Was die ESVP angeht, werden vier Herausforderungen bzw. Schwachpunkte angesprochen: die unterschiedliche Interpretation, die der Begriff »Autonomie« bei der Realisierung des »Headline Goal« in den Mitgliedsländern der EU erfährt; das Fehlen eines strategischen und außenpolitischen Rahmens für die Verwendung europäischer Streitkräfte im Rahmen der EU; der Mangel an ausreichenden Finanzmitteln, bzw. die Tatsache, daß die Mitgliedstaaten recht unterschiedliche Finanzmittel für die Streitkräfte bereitstellen; die Notwendigkeit, bei regionalen Krisen militärische, polizeiliche und zivile Mittel zu koordinieren. Überraschend und von früheren offiziellen Äußerungen abweichend ist die klare Aussage am Schluß des Berichts, daß die Atlantische Allianz auch in Zukunft bei allen Operationen, die einen größeren Umfang haben und schwierig sind, ihre entscheidende Rolle bewahren wird.

Aufstieg und Fall großer Mächte

Auch **Henry R. Nau**, George Washington Universität (USA), untersucht in der *Review of International Studies* die Weiterentwicklung der europäischen Integration – allerdings vor dem Hintergrund der Ergebnisse von Paul Kennedys Studie über den »Aufstieg und Fall großer Mächte« (1987). Kennedy hatte die Ansicht vertreten, daß Japan und China aufsteigen, die damalige UdSSR, die USA und Europa dagegen einen Niedergang verzeichnen würden. Diese Vorhersagen haben sich allerdings nur im Falle Rußlands als zutreffend erwiesen. Nau zeigt, daß Kennedy eindimensionale Schlußfolgerungen zog, da er nur das Machtstreben zwischen Staaten untersuchte, dabei aber innenpolitische und historische Faktoren vernachlässigte, die ihrerseits sehr wohl den Rang eines Landes in der internationalen Politik (mit-)bestimmen. Bei Kennedy reagieren Staaten lediglich auf ihr internationales Umfeld, endogene Faktoren hingegen bleiben unberücksichtigt. Dementsprechend interessiert ihn auch nicht das Phänomen, daß Demokratien untereinander keine Kriege führen. Wie Nau verdeutlicht, führt eine Analyse, die nationale Identitäten und Institutionen betrachtet, zu anderen Ergebnissen: Innenpolitischer Wandel in Europa (und den USA) hat ökonomische und machtpolitische Ressourcen mobilisiert, während die verzögerten Reformen den Niedergang der Sowjetunion bedingten sowie den Aufstieg des pazifischen Raums verlangsamten. Damit verknüpft sich Jolyon Howorths Artikel mit einer Abhandlung von Henry R. Nau in der *Review of International Studies*: Es kommt weniger darauf an, Institutionen zu schaffen, als vielmehr Ressourcen für die sicherheitspolitische Rolle der EU zu mobilisieren, wenn das Ziel einer autonomen Politik realisiert werden soll.

Gibt es einen neuen Schulen-Streit in der Theorie der Internationalen Beziehungen?

Emmanuel Navon, Bar-Ilan Universität (Israel), kommt, ebenfalls in der *Review of International Studies*, mit einem bemerkenswerten Rückgriff auf die methodischen Grundlagen der Theoriedebatten in den Internationalen Beziehungen, im Methodenstreit in den Sozialwissenschaften und in den philosophischen Grundlagen westlichen Denkens insgesamt zu dem Schluß, daß man von einer neuen – dritten – Auseinandersetzung zwischen einem positivistischen und postpositivistischen Ansatz nicht sprechen kann. Als erste Debatte wird der Streit zwischen einem »realistischen« und »idealistischen« Ansatz gesehen, der sich letztlich an Hobbes und Machiavelli orientiert; man findet ihn aber schon bei Parmenides. Vertreter dieser Schule betrachten den Menschen, »wie er ist«. Der idealistische Ansatz, der sich bis zu Plato, Epicurus und Diogenes zurückverfolgen läßt, hat dagegen als sein Leitbild den Menschen, »wie er sein sollte«. Für Navon ist diese Kontroverse immer noch präsent.

Der zweite Disput kulminierte in den 50er und 60er Jahren des letzten Jahrhunderts und läßt sich letztlich auf unterschiedliche Vorstellungen darüber zurückführen, in welchem Ausmaß der Mensch fähig ist, die Welt zu verstehen und in gültige Theorien zu fassen. Während die Vertreter der historischen Schule nur nach Verhaltensmustern suchten, die für bestimmte historische Kontexte Gültigkeit haben, also von einer beschränkten menschlichen Fähigkeit ausgehen, die Welt zu verstehen, suchen Vertreter des Szientismus nach universalen Gesetzmäßigkeiten, die das Verhalten von Staaten bestimmen. Sie orientieren sich letztlich an der Vorstellung, daß es möglich ist, vollständiges Wissen zu erlangen. Typische Opponenten dieser Auseinandersetzung waren im Amerika zu jener Zeit Morton Kaplan, der dem Szientismus zuneigt, und Stanley Hoffmann, der allein ein Konzept beschränkter Erkenntnisfähig-

keit für realisierbar hält. Auch hier verfolgt Navon die Spuren der philosophischen Grundlagen dieser Auseinandersetzung. Er identifiziert Descartes als Szientist, während er Pascal und Hume die Theorie über die beschränkte menschliche Erkenntnismöglichkeit zuordnet.

Der neue Streit zwischen Positivisten und Postpositivisten, bei dem der sogenannte Konstruktivismus den Anspruch erhebt, eine Brücke zwischen beiden Ansätzen zu bauen, ist für Navon deshalb eine Scheindebatte. Sie gibt etwas als neu aus, was – philosophisch betrachtet – alte Wurzeln hat und auch bereits in der Entwicklung des Faches Internationale Beziehungen intensiv diskutiert worden ist. Den Ursprung des sogenannten Postmodernismus sieht er in dem in Amerika einflussreichen Buch des Franzosen Lyotard, »La condition post-moderne«. In diesem wird die These vertreten, daß die Realität nur ein soziales Konstrukt, eine bloße Imagination ist. Navon argumentiert, daß die Konstruktivisten gegenüber Max Webers Erkenntnis indifferent sind, daß Institutionen durch Kultur und Ideologie geschaffen werden. Konstruktivisten verfechten demgegenüber die These, daß die Realität allein ein soziales Konstrukt ist. Navon macht in diesem Zusammenhang die Position geltend: Fakten bleiben Fakten, mit oder ohne menschliche Zustimmung. Wenn die neue, dritte Debatte in den Internationalen Beziehungen jedoch nichts anderes ist als eine Auseinandersetzung zwischen Rationalismus und Post-Modernismus bzw. Konstruktivismus, dann ist das insofern überraschend, als die Kritik am Rationalismus alte Wurzeln hat und die postmodernen Theorien lediglich die uralte philosophische Frage aufwerfen, wie real die Welt ist. Für Navon hat ein Forscher nur die Wahl, die Fakten von einem realistischen oder idealistischen Standpunkt aus zu betrachten, und sie dementsprechend entweder aus einem rationalistischen bzw. wissenschaftlichen Blickwinkel her zu untersuchen, oder aber sie aus einem Ansatz zu analysieren, der die menschlichen Erkenntnismöglichkeiten als

mehr oder weniger beschränkt einschätzt. Aus dieser Sicht ist die erste und zweite Debatte noch nicht vorbei, während die dritte als schon beendet angesehen werden kann.

Das Demokratieproblem auf europäischer und globaler Ebene

Unter Europawissenschaftlern wird oft die These vertreten, daß die EU die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und gesellschaftlichen Gruppen begünstigt, indem sie ihnen Zugangsmöglichkeiten öffnet, die auf nationaler Ebene entweder den herkömmlichen politischen Eliten vorbehalten sind oder völlig verschlossen bleiben. Es wird daher angenommen, daß innerhalb der EU Strukturen vorliegen, die entweder eine neue Politik auf europäischer Ebene begründen oder die Mobilisierungsmuster in den nationalen Innenpolitiken verändern.

Alex Warleigh, Queen's University Belfast, untersucht in *Journal of Common Market Studies* die Bedeutung von NGOs. Von ihnen erwarten viele EU-Akteure und Experten, daß sie in der Lage sind, durch die politische Sozialisation ihrer Mitglieder die »Europäisierung« der nationalen Gesellschaften voranzutreiben und das viel diskutierte »demokratische Defizit« zu beheben. Warleigh vertritt die These, daß vor allem solche Akteure Einfluß auf die EU nehmen können, die der Zivilgesellschaft angehören und als Mediator zwischen Bürger und Staat und einem öffentlichen Bereich fungieren, in dem gesellschaftliche Interessen sich staatsunabhängig artikulieren und organisieren können. Und es gelingt den NGOs tatsächlich, sich Gehör und Einfluß zu verschaffen. Allerdings ist damit, so Warleigh, noch keine Demokratisierung erreicht: Die NGOs haben zwar in spezifisch politischen Fragen Einfluß, aber die Zahl der Akteure ist begrenzt. Die Mehrheit der NGO-Mitglieder bleibt national orientiert und nimmt an den politischen Prozessen in Brüssel nicht teil. Deshalb tragen die NGOs

heute nur sehr beschränkt zur Europäisierung der nationalen Gesellschaften bei und sind auch kein wesentlicher Hebel zur Demokratisierung der Union.

Christopher Lord, University of Leeds, betrachtet im *Journal of Common Market Studies* das Demokratieproblem unter methodischen Gesichtspunkten und unterzieht den Begriff des demokratischen Defizits einer genaueren Betrachtung. Zwar stellt nach seiner Auffassung die Frage demokratischen Regierens in der Union einen wichtigen Bezugspunkt für die Revisionskonferenz 2004, das White Paper der Kommission und die Grundrechte-Charta, dar. Auch habe es in den 90er Jahren eine Stärkung des repräsentativen Elements im Rahmen von institutionellen Reformen gegeben, doch sei weiterhin unklar, was idealtypisch unter europäischer Demokratie zu verstehen ist.

Lord plädiert für methodisches Vorgehen bei der Bewertung des demokratischen Elements in der Union. Als erster Schritt sollten unterschiedliche Modelle von Euro-Demokratie unterschieden werden (Konkurrenz-, Konsens-, partizipatorische Demokratie), denen in einem zweiten Schritt Indikatoren zugeordnet werden, nach denen sich der demokratische Prozeß vollzieht. In einem dritten und vierten Schritt sollten dann die betreffenden Modelle evaluiert werden, etwa indem nach der Erfüllung allgemeingültiger demokratischer Standards gefragt wird.

Die Frage, wer Demokratie in der Union zu beurteilen habe, beantwortet der Verfasser nicht mit »the people« (was nahe läge), sondern schlägt statt dessen eine Art »Peer Review« durch Beamte, Experten und Abgeordnete vor, also durch institutionelle Akteure. Dabei sei zu berücksichtigen, daß die Präferenz der Kommission bei einem partizipatorischen Demokratiemodell für die EU liege, während das Europäische Parlament eher an einem Mehrheitsmodell interessiert sei. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die Heterogenität von Überzeugungen und Lösungsvorschlägen dazu führen könne, daß ein weiter Rahmen

für demokratische Verfahren in der EU definiert wird.

Zaki Laïdi, Professor am Institut d'études politiques in Paris, beschäftigt sich in seiner Untersuchung in *Politique étrangère* mit dem Zusammenhang zwischen Demokratie und Globalisierung. Er erinnert daran, daß Demokratie nicht nur ein formales Verfahren beinhaltet, das sich in Wahlen und Regierungswechseln erschöpft, sondern auch eine politische Kultur. Sie soll durch institutionalisierte und informelle Praktiken garantieren, daß die Interessen der Gesellschaft auch jenseits von Wahlen angemessen und gerecht zum Ausdruck gebracht werden können. Die formale Seite der Demokratie sei, so meint er, durch die Globalisierung gefördert worden. Auf der kulturellen Seite hat sie hingegen die Dinge zunächst einmal dadurch kompliziert, daß die Staaten nicht mehr in gleicher Weise wie früher über »ihr« Territorium verfügen. Er geht allerdings über dieses bekannte Argument hinaus und vertritt die These, daß die Gleichzeitigkeit der Entwicklungen in den meisten Ländern der Welt – unterstützt und verstärkt durch die Medien (vor allem das Internet) – die Idee der »Demokratie für alle« in den Vordergrund gerückt habe. Diese Vorstellung vernachlässige jedoch das Faktum, daß Demokratie nur unter spezifischen kulturellen und geschichtlichen Rahmenbedingungen aufgebaut werden könne. Globalisierung habe im Gegensatz dazu die Bedingtheit und Geschichtlichkeit von Demokratie in den Hintergrund gerückt. Die Lage hat nach seiner Auffassung auch Auswirkungen auf den Bereich der Menschenrechte, da die Interessen von global agierenden Unternehmen über nationale Grenzen hinweggehen und sich damit zunehmend Spannungen ergeben zwischen den Ordnungserfordernissen von Weltmarktmechanismus und Wahrung der Menschenrechte, die letztlich national garantiert werden müssen. Theoretisch spreche die Entwicklung für eine mondiale Demokratie. Praktisch, so gesteht er ein, ist das kaum zu verwirklichen. Einer

seits, weil der nationale Rahmen weiterbestehen wird, andererseits, weil man bisher nicht weiß, wie das Problem der Interessen-Repräsentation auf globaler Ebene gelöst werden kann.

Vorgestellte Aufsätze

Howorth, Jolyon, European Defence and the Changing Politics of the European Union: Hanging Together or Hanging Separately?, in: Journal of Common Market Studies, 39 (2001) 4, S. 765–789

Hyde-Price, Adrian / Jeffery, Charlie, Germany in the European Union: Constructing Normality, in: Journal of Common Market Studies, 39 (2001) 4, S. 689–717

Laïdi, Zaki, Mondialisation et démocratie, in: politique étrangère, 66 (2001) 3, S. 603–618

Mallet, Jean-Claude / Racine, Bruno / Bureau, Jean-François / Heisbourg, François / Kelche, Jean-Pierre / Gnesotto, Nicole, Quelle défense et quelle sécurité pour demain?, in: Défense nationale, 57 (2001) 11, S. 41–51

Navon, Emmanuel, The «third debate» revisited, in: Review of International Studies, 27 (2001), 4, S. 611–625

Nau, Henry R., Why the »Rise and Fall of the Great Powers« was wrong, in: Review of International Studies, 27 (2001) 4, S. 579–592

Lord, Christopher, Assessing Democracy in a Contested Polity, in: Journal of Common Market Studies, 39 (2001) 4, S. 641–661

Warleigh, Alex, »Europeanizing« Civil Society: NGOs as Agents of Political Socialization, in: Journal of Common Market Studies, 39 (2001) 4, S. 619–639

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf